

Übersicht über die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Arbeitskreises queer in ver.di Berlin/Brandenburg

zur Abgeordnetenhauswahl am 26.09.2021

Alle vollständigen Antworten der Parteien auf: <https://regenbogen-bb.verdi.de/>




Verantwortlich:




Arbeitskreis queer in ver.di Berlin/Brandenburg

Gerhard Grünh (Zusammenfassung der Wahlprüfsteine)




Mail: regenbogen.bb@verdi.org



Stand: 02.09.2021

Parteien	Wahlprüfstein Gleichstellung 1.: Wie bewerten Sie die bisherige Politik des Berliner Senats zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen?	Wahlprüfstein Gleichstellung 2.: Wie bewerten Sie die Gesetzesinitiative zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Ehen im Adoptionsrecht?	Wahlprüfstein Gleichstellung 3.: Wie wollen Sie die „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpakete
	<p>Berlin sei als Regenbogenhauptstadt Vorreiter und Vorbild für andere Städte und Länder und wolle sich auch weiterhin mit ganzer Kraft auf allen föderalen Ebenen mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexuelle Vielfalt“ (IGSV) für eine rechtlich Gleichstellung einsetzen.</p>	<p>Die SPD Berlin setzt sich im Bund für ein modernes Abstammungsrecht ein und will gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner_innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen. Hierfür sei auch eine Bundesratsinitiative eingebracht worden.</p>	<p>Die SPD Berlin verpflichte sich, dass alle Ressorts im Land und in den Bezirken die IGSV umsetzen und dauerhaft weiterentwickeln.</p>
	<p>Die CDU Berlin will den vielfältigen Familienformen in Berlin mehr Freiräume geben, um ihr Familienleben so ausgestalten zu können, wie es ihren Wünschen entspricht.</p>	<p>Die CDU Berlin will alle Lebensentwürfe ermöglichen und die Familien in ihren Entscheidungen unterstützen.</p>	<p>Die Initiative soll auch in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt und weiterentwickelt werden. Bei Diskriminierungen und Benachteiligungen sollen Aufklärung, Beratung und Opferhilfe ausgebaut und entsprechende Einrichtungen und Projekte gestärkt werden.</p>
	<p>Die FDP Berlin teilt die Ambitionen und Zielsetzungen des Berliner Senats weitgehend. Sie wünscht sich bei Einzelmaßnahmen eine pragmatische und weniger formale Herangehensweise.</p>	<p>Die FDP Berlin setzt sich auch auf Bundesebene für eine Liberalisierung des Adoptionsrechts ein. Sie setzt sich für moderne diskriminierungsfreie Regelungen im Sorge- und Adoptionsrecht und Reproduktionsmedizin ein.</p>	<p>In einer Evaluation der eingeleiteten Maßnahmen wäre die bisher erreichte notwendige Breitenwirkung der Maßnahmen zu überprüfen. Eine intensivere Zusammenarbeit insbesondere mit der klein und mittelständischen Privatwirtschaft wäre wünschenswert.</p>


	<p>Bündnis 90/Die Grünen Berlin betonen, zahlreiche queerpolitische Aktivitäten auf den Weg gebracht zu haben. Zum Beispiel die „Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ mit über 90 Maßnahmen, dem massiven Ausbau der queeren Infrastruktur und die Verbesserung lesbischer Sichtbarkeit. Die finanziellen Mittel wurden auf mehr als 50 Millionen Euro aufgestockt.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen Berlin begrüßen die Gesetzesinitiative im Bund und haben eine eigene Bundesratsinitiative zur Gleichstellung von Mütterpaaren und von Regenbogenfamilien auf den Weg gebracht.</p>	<p>Der queerpolitische Neustart in dieser Legislatur soll in der kommenden Wahlperiode mit großer Kontinuität für ein queeres Mainstreaming in ganz Berlin fortgesetzt werden. Für die Neuausrichtung der „Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ hat der Senat Handlungsfelder identifiziert und dazu einen Maßnahmenplan mit über 90 konkreten Maßnahmen in den Zuständigkeitsbereichen nahezu aller Senatsverwaltungen vorgelegt.</p>
	<p>Mit einem Mehr an Ressourcen und fachpolitischem Engagement konnte Berlin in den letzten fünf Jahren als Regenbogenhauptstadt wieder auf Kurs gebracht werden. Die „Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ wurde weiterentwickelt und umgesetzt. Verschiedene Einrichtungen queeren Lebens sind entstanden oder auf dem Weg. Die überdurchschnittliche Armut und Wohnungslosigkeit queerer Menschen müssten bekämpft werden, durch Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne und der Entziehung der kapitalistischen Verwertung von Boden.</p>	<p>Die Linke Berlin setzt sich für die rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien ein. Auch bei nicht-ehelichen Konstellationen fordert die Linke Berlin eine Elternschaftsanerkennung für alle Geschlechter.</p>	<p>Die Linke Berlin habe mit der rot-rot-grünen Koalition der „Initiative für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ (IGSV) mit mehr Geld und der Weiterentwicklung auf fast 100 Einzelmaßnahmen neuen Schwung verliehen und will sie umfangreich weiterentwickeln. Die zunehmende Gewalt gegen LGBT soll durch Ausbau der Krisenangebote und einen bundesweiten Aktionsplan bekämpft werden.</p>
	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort




Parteien	Wahlprüfstein Gleichstellung 4.:	Wahlprüfstein Gleichstellung 5.:	Wahlprüfstein Antidiskriminierung 6.:
	<p>Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten in Berlin weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?</p>	<p>Werden Sie sicherstellen, dass trotz der Corona-Krise die Einrichtungen und Projekte in der LGBT-Community wie bisher finanziell unterstützt und gefördert und dass die dafür im Landeshaushalt eingeplanten Mittel nicht gekürzt werden?</p>	<p>Wie bewerten Sie die Antidiskriminierungspolitik des Berliner Senats?</p>

<p>SPD</p> 	<p>Im Jahr 2020 sei bereits der Lehrplan für übergreifende Themen u. a. mit Akzeptanz von Vielfalt und Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter eingeführt worden. In der Lehrer_innenausbildung will die SPD Berlin weitere Angebote und Strukturen zur Vielfalt im Unterricht schaffen und ausbauen. Aus diesem Grund sei eine Fachstelle für queere Bildung geschaffen worden.</p>	<p>Die SPD Berlin habe sich erfolgreich dafür eingesetzt, die Mittel für queere Projekte in den Doppelhaushalten 18/19 und 20/21 zu verdoppeln. An dieser Unterstützung solle sich nichts ändern. Die Angebote für queere Jugendliche sollen ausgebaut werden, außerdem die Förderung von (lesbischen) Wohnprojekten und Trans-Selbsthilfegruppen.</p>	<p>Mit dem ersten Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) seien bundesweit Maßstäbe in der Antidiskriminierungspolitik gesetzt worden. Darauf soll weiter aufgebaut und das Ziel einer diskriminierungsfreien Stadt in allen Lebensbereichen weiter verfolgt werden.</p>	
<p>CDU/CSU</p> 	<p>Die CDU Berlin will, dass die Themen Homosexualität und Diversität im Bildungsbereich integrativ-ganzheitlich, interdisziplinär und altersgerecht vermittelt werden, auch bei Lehrkräften.</p>	<p>Die Aufstockung von Mitteln kann nur in Abhängigkeit von der Haushaltslage diskutiert werden.</p>	<p>Der Senat habe vielfach die falschen Schwerpunkte gesetzt. Zum Beispiel sei die im LADG verankerte Beweislastumkehr kontraproduktiv und soll geändert werden.</p>	
<p>FDP</p> 	<p>Die FDP Berlin will die sexuelle Aufklärung an Schulen stärken und Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Identität, der sexuellen Selbstbestimmung und von Missbrauch stärker thematisieren.</p>	<p>Die FDP Berlin sieht die Arbeit für Antidiskriminierung als eine gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe an, die weiterer Anstrengungen bedarf. Für die Haushaltsfestsetzung habe die Sicherung des erzielten finanziellen Mitteleinsatzes hohe Bedeutung.</p>	<p>Antidiskriminierung sei eine Dauer- und Querschnittsaufgabe, die dezentral breit angegangen werden müsse. Diversitätsmanagement solle mit Aufklärung, Qualifizierung und Sensibilisierung in Bildung und Ausbildung sowie allen Teilen staatlichen Handelns z.B. in Polizei und Verwaltung gefördert werden.</p>	

Bündnis 90/ Die Grünen 	<p>Auch an Kitas und Schulen müssen Geschlechterstereotypen hinterfragt und sexuelle Vielfalt stärker anerkannt werden. Queere Sexualität und die Aufklärung aller Geschlechter zu Themen der Einvernehmlichkeit und Emanzipation müssten enttabuisiert und umfassend in den Unterricht integriert werden.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen Berlin werden sich dafür einsetzen, dass die queeren Angebote auch weiterhin der Fördermittel in voller Höhe erhalten. Die großen queeren Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum sollte gezielt und dauerhaft unterstützt werden.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen Berlin hätten mit ihrer Regierungsbeteiligung die Grundlage für eine starke Antidiskriminierungspolitik gelegt und damit bundesweit erstmals einen Senator für Antidiskriminierung eingeführt. Mit dem Diversity-Landesprogramm und dem Landesantidiskriminierungsgesetz nimmt Berlin eine Vorbildrolle unter allen Bundesländern ein. Dieser Kurs soll klar beibehalten werden.</p>	
Die Linke DIE LINKE.	<p>Die Linke Berlin möchte die Angebote der Fachstelle Queere Bildung erhalten und ausbauen.</p>	<p>Die Linke Berlin will sich dafür einsetzen, dass die derzeit zur Verfügung gestellten Mittel für die IGSV nicht gekürzt und im Bedarfsfall aufgestockt werden. Außerdem werde ein bundesweiter Rettungsschirm für queeres Leben und queere Infrastruktur angestrebt.</p>	<p>Der Berliner Senat konnte in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte erzielen. Vor allem das Diversity-Landesprogramm und das LADG haben Vorbildcharakter auch über Berlin hinaus.</p>	
	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	




Parteien	Wahlprüfstein Antidiskriminierung 7.: Halten Sie die Ausnahmeregelungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für Religionsgemeinschaften für richtig?	Wahlprüfstein Antidiskriminierung 8.: Was wollen Sie gegen die anhaltend hohe Gewalttate gegen Homosexuelle unternehmen?	Wahlprüfstein Antidiskriminierung 9.: Wie wollen Sie die bundesdeutschen und europäischen Maßnahmen gegen Hass und Hetze im Internet in Berlin umsetzen?	
-----------------	---	--	--	--





<p>SPD</p> 	<p>Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bedürfe einer Reform um unter anderem Schutzlücken zu schließen.</p>	<p>Fälle von physischer und psychischer Gewalt gegen LGBT-Personen seien immer noch Alltag in Berlin und die Dunkelziffer sei hoch. Das verurteile die SPD Berlin auf Schärfste und werde verstärkt in Präventions- und Sensibilisierungsarbeit investieren. Dazu gehöre auch eine weitere Sensibilisierung auf Seiten der Sicherheitsbehörden und der Justiz.</p>	<p>Es werde eine entsprechende Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft und eine zentrale Melde- und Beratungsstelle für Opfer in Berlin eingerichtet werden. Der Schutz der Opfer habe für die SPD Berlin höchste Priorität auch in Form von Unterstützungsfonds.</p>	
---	--	--	---	--

<p>CDU/CSU</p> 	<p>Diese Regelung sei aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlich.-</p>	<p>Die Maßnahmen des Landes im Kampf gegen Diskriminierung sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Frauenfeindlichkeit und jedwede andere Diskriminierung sollen strafrechtlich konsequent verfolgt werden.</p>	<p>Die CDU Berlin befürwortet einen Aktionsplan gegen Hassgewalt, auch zur Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden und zur Aufklärung und Bekämpfung von Hassrede. Einrichtungen und Projekte dazu sollen gefördert und gestärkt werden.</p>
<p>FDP</p> 	<p>Kirchliche Privilegien müssten insbesondere im Arbeitsrecht abgeschafft werden, soweit sie nicht Stellen betreffen, die eine religiöse Funktion ausüben.</p>	<p>Die FDP Berlin will sich auf ganzer Linie dafür einsetzen, dass Gewaltpräventionsarbeit und gesundheitliche Aufklärung in Schulen und anderen Jugendeinrichtungen als diskriminierungsfreie Aufklärungsarbeit gestaltet wird. Der Opferschutz solle ausgebaut werden.</p>	<p>Straftaten im Internet müssen mit spezialisierten Kräften in Polizei und Justiz geahndet werden. Geschlechterspezifische Straftaten müssten in die Kriminalitätsstatistik aufgenommen werden. Die FDP Berlin fordert eine Landeszentrale für digitale Bildung und eine verstärkte Forschung.</p>
<p>Bündnis 90/ Die Grünen</p> 	<p>Bündnis 90/Die Grünen Berlin sieht die Ausnahmeregelungen kritisch und fordert darüber hinaus eine Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes mit Ausweitung der Diskriminierungsmerkmale, erhöhten Verjährungsfristen und einem Verbandsklagerecht.</p>	<p>Wegen der anhaltend hohen Anzahl LGBT-feindlicher Übergriffe braucht es nach Meinung von Bündnis 90/Die Grünen konkreter Maßnahmen der Prävention des Opferschutzes und und konsequenter Ahndung durch die Polizei. Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen sei deshalb das erste Maßnahmenfeld der Initiative „Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ . Die Strukturen der Beratung , Prävention und Antigewaltarbeit und des Opferschutzes sollen zukünftig ausgebaut und weiter gestärkt werden.</p>	<p>Um ausserdem Hass und Hetze insbesondere im Internet entgegenzutreten sei bei der Staatsanwaltschaft eine „Zentralstelle Hasskriminalität“ gegründet worden und solle eine digitale Gewaltschutzambulanz eingerichtet werden. Digitaler Hass sowie digitale Gewalt müssten aber bereits in den Berliner Schulen thematisiert werden.</p>
<p>Die Linke DIE LINKE.</p>	<p>Die Linke Berlin will die Ausnahmeregelungen im AAG weitgehend abschaffen, vor allem dort, wo Religionsgemeinschaften für ihre Einrichtungen staatliche Gelder erhalten.</p>	<p>Die Linke Berlin will die Angebote für queere Opfer ausweiten und weitere Krisenwohnungen einrichten. Geltende Gesetze müssten konsequent zur Anwendung gebracht werden. Die bisherigen Angebote zur Schulung von Staatsbediensteten, sei es bei der Polizei oder an den Schulen müssten unbedingt fortgeführt werden. Es brauche endlich eines bundesweiten Aktionsplans für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt mit Schwerpunkt Kampf gegen queerfeindliche Gewalt.</p>	<p>Die Zentrale Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft und die strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität müssten ausgebaut und Gerichte weiter sensibilisiert werden.</p>

	keine Antwort	keine Antwort		
--	---------------	---------------	--	--

Parteien	Wahlprüfstein Antidiskriminierung 10.: Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität“ in das Grundgesetz tun?	Wahlprüfstein Aktionsplan gegen Homophobie 11.: Welche Schwerpunkte würden Sie bei der Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Homophobie setzen?	Wahlprüfstein Aktionsplan gegen Homophobie 12.: Wie und in welchem Zeitraum wollen Sie das neue Diversity-Landesprogramm umsetzen und sind Sanktionen bei Nichtumsetzung geplant? Werden Sie sicherstellen, dass die Stellenausstattung von Ansprechpartner_innen für LGBT-Personen bei den Behörden des Landes Berlin (Bezirksämter, usw.) und das ihnen für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellte Budget allen Anforderungen genüge tut?	
	<p>Die SPD Berlin will das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz aufnehmen und weiterhin für die erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten dafür kämpfen.</p>	<p>Im Fokus stünden unter anderem queersensible Ansätze in der (Alten-) Pflege und Senioren_innenpolitik sowie eine bessere Datenerfassung und digitales Monitoring homofeindlicher Gewalt. Wichtig sei auch eine bessere Verzahnung mit den Maßnahmen des IGSV.</p>	<p>Mit dem neuen Diversity-Landesprogramm soll die Berliner Vorreiterrolle weiter ausgebaut und die Berliner Verwaltung mit einer Diversitätsoffensive weiterentwickelt und modernisiert werden. Menschen mit Migrationsgeschichte sollten gemäß ihres Anteils an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden.</p>	
	<p>Die CDU Berlin befürwortet die Aufnahme des Merkmals „sexuelle Identität in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes.</p>	<p>Der Aktionsplan soll auf Basis einer Evaluierung des aktuellen Aktionsplans fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Die CDU will sich weiterhin für die Wertschätzung und Akzeptanz von LGBT einsetzen.</p>	<p>Die CDU Berlin will Zielsetzung und Umsetzungsstand des Diversity-Landesprogramms zu Beginn der Legislaturperiode gemeinsam mit anderen Programmen in diesem Bereich evaluieren, um es bedarfsgerecht auszurichten und auszugestalten.</p>	

	<p>Die FDP Berlin fordert die Erweiterung des Artikels 3 Absatz 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität.</p>	<p>Die FDP Berlin setzt auf Maßnahmen insbesondere der schulischen Aufklärung, die auf die Entwicklung und Vermittlung der positiven Potentiale der Diversität setzt.</p>	<p>Die FDP Berlin setzt bei erwünschten allenfalls als notwendig erachteten Veränderungsprozessen eher auf Überzeugung und Kommunikation als auf Verordnung und Sanktion. Geschaffene und offene Positionen müssten kompetent besetzt und materiell angemessen ausgestattet werden.</p>
<p>Bündnis 90/ Die Grünen</p> 	<p>Um die Merkmale „sexuelle und geschlechtliche Identität“ in Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz zu verankern, will sich Bündnis 90/Die Grünen weiterhin für Mehrheiten im Bundestag einsetzen.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen nimmt keinen Bezug auf den „Aktionsplan gegen Homophobie“ sondern will mit der „Initiative geschlechtlich und sexuelle Vielfalt“ einen Prozeß der Auseinandersetzung mit der LGBT-Feindlichkeit in der Gesellschaft ermöglichen sowie Toleranz, Akzeptanz und Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen erwirken.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen will die Umsetzung des Diversity-Landesprogramms unterstützen und stetig fortentwickeln sowie auf eine gesetzlich Grundlage stellen. Sie will eine strukturelle und einheitliche Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der Bezirke.</p>
<p>Die Linke DIE LINKE.</p>	<p>Die Linke Berlin fordert die Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um die Merkmale „sexuelle Orientierung“ und „geschlechtliche Identität“. Der Druck auf den Bundestag solle weiter erhöht werden.</p>	<p>Die Linke Berlin will bei der Weiterentwicklung der IGSV den Schwerpunkt auf die Beseitigung struktureller Benachteiligungen einzelner Communities legen, zum Beispiel Gruppen wie queere Wohnungslose, Sexarbeitende oder Geflüchtete. Die „soziale Flanke“ der Initiative soll ganz allgemein gestärkt werden.</p>	<p>Die Linke Berlin stehe für politischen Druck, dass das Diversity-Landesprogramm spätestens in drei Jahren umgesetzt wird. Außerdem will die Linke Berlin dabei starke und handlungsfähige Bezirke.</p>
	<p>keine Antwort</p>	<p>keine Antwort</p>	

Parteien	Wahlprüfstein Aktionsplan gegen Homophobie 13.:	Wahlprüfstein Aktionsplan gegen Homophobie 14.:	Wahlprüfstein Aktionsplan gegen Homophobie 15.:
<p>SPD</p> 	<p>Halten Sie es für richtig, dass die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ nicht dafür genutzt wurde, um Aufklärungsangebote in Schulen weiter auszubauen?</p> <p>Die SPD Berlin verstehe die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ als gesamtgesellschaftliches Maßnahmenpaket, das für alle Bereiche der Berliner Stadtgesellschaft relevant sei – das gelte auch für den Schul- und Bildungsbereich.</p>	<p>Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?</p> <p>Gerade transgeschlechtliche Geflüchtete und Migrant_innen seien oft von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Die SPD Berlin wolle für diese Biografien die politische Sensibilität erhöhen und mit einer intersektionalen Gleichstellungspolitik dafür sorgen, dass ihre Anliegen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter gefördert werden.</p>	<p>Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?</p> <p>Die SPD Berlin wolle, dass -trans inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleichbehandelt werden und setze sich deshalb auf Bundesebene dafür ein, das Transsexuellengesetz zu reformieren.</p>
<p>CDU/CSU</p> 	<p>Ein Ausbau der Aufklärungsangebote insbesondere an Schulen wäre wünschenswert gewesen.</p>	<p>Extremisten und Rassisten sollten mit spezifischen Präventionsprogrammen, Bildungsangeboten, Vereinsverböten und konsequenter Strafverfolgung an Angriffen auf geflüchtete LGBT-Personen gehindert werden. Außerdem sollen sie mit Schulungen in den Flüchtlingsunterkünften geschützt werden.</p>	<p>Die Verfahren zur Änderung des Geschlechtseintrags bei transsexuellen Personen sollen deutlich zügiger, transparenter und kostengünstiger ausgestaltet werden. Dabei sei das Selbstbestimmungsrecht volljähriger Menschen, aber auch der Schutz von Minderjährigen, zu würdigen sein.</p>
<p>FDP</p> 	<p>Die FDP Berlin hält das für falsch. Das Thema Vielfalt sollte verbindlich in die Schulkultur verankert werden.</p>	<p>Wegen ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität verfolgte brauche sichere Verfahren und eine sichere Unterbringung sowie im Fall sogenannter sicherer Herkunftsländer eine besondere Rechtsberatung.</p>	<p>Die FDP will das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Die Kosten geschlechtsangleicher Behandlungen müssten vollständig von den Krankenkassen übernommen werden.</p>
<p>Bündnis 90/ Die Grünen</p> 	<p>Bündnis 90/Die Grünen sieht das anders, weil es in den letzten Jahren gelungen sei zivilgesellschaftlich Projekte und Aufklärungsarbeit an den Schulen zu stärken und auszubauen, insbesondere durch die Einrichtung der Fachstelle queere Bildung. -Als weiterer Handlungsbedarf soll der Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler_innen ausgebaut und die Institution</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen will, dass besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen wie LGLBT nach ihrer Ankunft die Beratung, Betreuung und Unterbringung bekommen, die sie benötigen.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen wolle schon seit langem ein neues Selbstbestimmungsrecht und habe deshalb eine Bundesratsinitiative gestartet. Solange sich die hohen Hürden für die Änderung von Vornamen und Geschlechtseintrag nicht ändern, solle Berlin schon in den Bereichen vorangehen, in denen das Land Gestaltungsspielraum hat. Zum Beispiel in</p>

	Schule diskriminierungskritisch weiterentwickelt werden.		Schulen und Hochschulen sowie in öffentlichen Einrichtungen und der Berliner Verwaltung.	
Die Linke DIE LINKE.	Die Linke Berlin möchte über das bereits zur Zeit Erreichte hinausgehen und möchte verbindliche Richtlinien für die Inklusion queerer Schüler_innen durch das Land erarbeiten lassen.	Für queere Geflüchtete müssten einerseits sicher Unterkünfte geschaffen werden, wie das in Berlin bereits üblich sei, zudem bedürfe es einer besonderen Betreuung und Begleitung in Asylverfahren.	Nach dem Willen der Linken hätte die Reform längst erfolgen können und müssen. Die Reform des Transsexuellengesetzes zugunsten eines Selbstbestimmungsgesetzes ohne Beratungszwang o.ä. Ist Teil des Bundeswahlprogramms, eine erneute Bundesratsinitiative Teil des Wahlprogramms zur Abgeordnetenhauswahl.	
AfD Alternative für Deutschland	keine Antwort	keine Antwort		

Notizen